



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SB/04/2017
Gremium: Seniorenbeirat
Tag: Donnerstag, 15.11.2017
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 15:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung vom 13.09.2017
3. Verbindliche Bedarfsplanung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen in Hagen 2017 bis 2020 nach § 7 Abs. 6 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW)
Vorlage: 0739/2017
4. Informationen zum Betreuungsrecht
5. Informationen zur Haushaltsplanberatung
6. Bericht aus der Landesseniorenvertretung
7. Bericht aus dem Sozialausschuss
8. Bericht aus den Arbeitsgruppen
9. Bericht aus den Begegnungsstätten
10. Mitteilungen
11. Verschiedenes



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 15:00 Uhr

1. Genehmigung der Tagesordnung

Es erfolgt die Begrüßung der Anwesenden und Feststellung, dass es keine Änderungswünsche bezüglich der Tagesordnung gibt.

2. Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung vom 01.06.2017

Gegen das Protokoll der Sitzung vom 13.09.2017 gibt es keine Einwände, die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

3. Verbindliche Bedarfsplanung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen in Hagen 2017 bis 2020 nach § 7 Abs. 6 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW) - Vorlage: 0739/2017

Frau Gleiß stellt den Anwesenden die Bedarfsplanung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen für die Jahre 2017 bis 2020 anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Sie erläutert, dass die Stadt Hagen die Bedarfsplanung jährlich fortschreiben muss, wenn sie eine verbindliche Bedarfsplanung haben will.

Auf die Frage von Herrn Homm bzgl. möglicher Investoren führt Frau Gleiß aus, dass es zwar Anfragen gab, die aber letztendlich nicht zu einer Interessenbekundung geführt haben. Weiterhin stellt Frau Gleiß auf die Frage der tatsächlichen Umsetzbarkeit der vermehrten Pflege zu Hause durch Angehörige dar, dass die ambulante Pflege durch die Pflegestärkungsgesetze gestärkt werden soll und auch eine gewisse Wirkung zeigt, aber abgewartet werden muss, ob sich dadurch der stationäre Bedarf verringert.

Frau Sauerwein berichtet, dass bei den ambulanten Pflegediensten Wartelisten bestehen und die Pflege zu Hause durch fehlendes Personal erschwert würde. Frau Gleiß führt aus, dass es laut Auskunft der Pflege- und Wohnberatung bislang immer noch gelungen sei für jeden Menschen ein entsprechendes Angebot zu finden, das allerdings nicht immer mit den Wunschzeiten übereinstimmt.

Bzgl. der Frage, wie man Pflegewohngemeinschaften initiieren könnte, berichtet Frau Gleiß, dass bisher Investoren an die Stadt herangetreten sind. Hier könnte man sich ggf. noch einmal bei anderen Gemeinden erkundigen und sich in einer Arbeitsgruppe austauschen und überlegen, was ggf. von Seiten der Stadt initiiert werden könnte.

Frau Heide und Herr Ludwig führen noch einmal das Problem des Personal-



mangels und des derzeit stattfindenden Headhunting aus.

Auf die Frage von Herrn Quadt zu möglichen kommunalpolitischen Steuerungsmaßnahmen erklärt Frau Sauerwein, dass hier nur landespolitisch Einfluss genommen werden kann.

Frau Sauerwein lässt im Anschluss über den folgenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

1. Der Pflegebedarfsplan für die Stadt Hagen für die Jahre 2017 bis 2020 wird wie vorgelegt beschlossen und gem. § 7 Abs. 6 des Alten- und Pflegegesetzes verbindlich festgestellt.
2. Die Stadt Hagen macht von ihrem Recht gem. § 11 Abs. 7 Alten- und Pflegegesetz NRW Gebrauch. Eine Förderung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen im Sinne des § 14 APG NRW, die im Zuständigkeitsbereich der Stadt Hagen liegen und zusätzliche Plätze schaffen sollen, wird von einer Bedarfsbestätigung der Stadt abhängig gemacht. Diese wird nur erteilt, wenn ein Bedarf für die Einrichtung auf der Grundlage der örtlichen verbindlichen Bedarfsplanung nach § 7 Abs. 6 APG NRW bestätigt werden kann. In der Bedarfsbestätigung kann festgelegt werden, in welchem Stadtbezirk der Bedarf besteht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4. Informationen zum Betreuungsrecht

Frau Dollberg von der Betreuungsbehörde der Stadt Hagen informiert über Vorsorgevollmacht, Generalvollmacht, Betreuungsverfügung und Patientenverfügung. Auf der Internetseite des „Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz“ sind weitere Informationen in Form einer Broschüre, aber auch Formulare für Vollmachten und Verfügungen eingestellt. Frau Dollberg stellt den Anwesenden Vorsorgevollmachten und Telefonnummern und Adressen der Betreuungsstelle der Stadt Hagen und der Betreuungsvereine zur Verfügung. Sie weist darauf hin, dass die Betreuungsvereine in regelmäßigen Abständen auch Informationsveranstaltungen zum Thema Vorsorge anbieten.

5. Informationen zur Haushaltsplanberatung

Frau Sauerwein informiert, dass der Haushaltsplanentwurf für den Doppelhaushalt 2018/2019 am 30.11.2017 eingebracht wird und im Anschluss in die Beratungsfolge geht. Bis zum Beschluss im Rat am 15.03.2018 erfolgt keine Sitzung des Seniorenbeirats mehr. Aus diesem Grund schlägt Frau Sauerwein vor, dass die Teile des Haushaltsplans, die den Seniorenbeirat betreffen, im Ad-Hoc-Kreis besprochen werden und das Votum von Herrn Wegener im Sozialausschuss am 06.02.2018 vorge-



tragen wird. Frau Sauerwein lässt darüber abstimmen, ob Bedenken gegen dieses Vorgehen bestehen.

Beschluss:

Der Seniorenbeirat wird im Rahmen des Ad-Hoc-Kreises des Seniorenbeirates die ihn betreffenden Punkte des Haushaltsplanentwurfes 2018/2019 besprechen und ein entsprechendes Votum hierzu abgeben. Herr Wegener wird dieses Votum im Sozialausschuss vortragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6. Bericht aus der Landesseniorenvertretung

Frau Sauerwein berichtet von einer Veranstaltung der Landesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenorganisationen, welche in einem Mehrgenerationenprojekt in Lippstadt stattgefunden hat. Hier wurde geschildert, wie dieses Projekt zustande gekommen ist. Inzwischen wurden insgesamt 15 Wohnungen geschaffen, mit 12 Sozialwohnungen, 2 Eigentumswohnungen und einer nicht geförderten Wohnung. Der Mietpreis liegt bei 4,65 €/m² und bei der freifinanzierten Wohnung bei 6,20 €/m². Das Projekt geht auf eine Initiative des ehemaligen Vorsitzenden des Seniorenbeirats zurück und hat einen langen Weg von über zehn Jahren genommen. Sobald Frau Sauerwein einen ausführlichen Bericht erhalten hat, wird sie diesen gerne noch einmal in einer Arbeitsgruppe oder auch im Seniorenbeirat vorstellen.

7. Bericht aus dem Sozialausschuss

Herr Wegener gibt die Termine der Sitzungen des Seniorenbeirats für 2018 bekannt. Diese sind am: 10.4., 04.07., 25.09. und am 13.11.2018.

Herr Wegener berichtet vom letzten Sozialausschuss am 08.11.2017. Er informiert darüber, dass bestimmte Punkte regelmäßig im Sozialausschuss thematisiert werden. Hierzu zählen der Bericht des Jobcenters über seine Arbeit, Berichterstattung der sozialen Situation in Wehringhausen und der Stadtbezirk Altenhagen. Zur Sozialraumanalyse des Stadtteils Altenhagen erfolgte eine Vorstellung durch Studierende der Fachhochschule Dortmund. Im Rahmen der Befragung wurden 100 Bewohner befragt. Ein Ergebnis dieser Befragung war die Feststellung, dass in Altenhagen mehr unterschiedliche Nationalitäten vorhanden sind als in Wehringhausen. Der von den Studenten genutzte Fragebogen wurde von Herrn Wegener zur Verfügung gestellt und ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt. Auf Nachfrage von Herrn Homm erklärt Herr Wegener, dass die Frageaktion abgeschlossen ist. Herr Homm macht deutlich, dass die Ergebnisse auch für den Seniorenbeirat interessant sind und Frau Sauerwein erklärt, dass die Folien zu bekommen sind und dann auch entsprechend weitergeleitet werden könnten.

Ein weiteres Thema im Sozialausschuss war die Erweiterung der Fachklinik Deerth.



8. Bericht aus den Arbeitsgruppen

Herr Homm berichtet von einem gemeinsamen Termin mit Herrn Winkler, Herrn Lelleck und Frau Funke zum Thema Barrierefreiheit an Bushaltestellen. Für 2018 und 2019 ist pro Jahr der Umbau von acht Bushaltestellen geplant. Im Zuge von Straßensanierungen sollen weitere Bus Cups barrierefrei gestaltet werden. Es ist nicht zu erwarten, dass bis 2023 alle Bushaltestellen umgestaltet sind, da Gelder fehlen. Die Arbeitsgruppe hat sich aber darüber geärgert, dass für 2017 kein Förderantrag von der Stadt Hagen gestellt wurde. Ein Förderantrag für 2019 wurde bisher auch noch nicht gestellt. Bei Fördermitteln ist auch meist ein bestimmter Satz an Eigenmitteln zur Verfügung zu stellen. Für 2018 ist abzuwarten, ob der Kämmerer für diesen Zweck Gelder eingeplant hat.

Herr Höfig und Herr Jung werden sich die Parkplätze an der Stadtbücherei vor Ort ansehen um hier ggf. kostenfreie Parkplätze für den Besuch der Stadtbücherei zu initiieren.

Frau Sauerwein informiert, dass es einen politischen Stammtisch von Menschen mit Behinderung gibt, welche beim letzten Treffen auch den ÖPNV zum Thema hatte. Hier bestehen die gleichen Probleme wie bei den Senioren. Der politische Stammtisch führt am 05.05.2018 in der Innenstadt eine Aktion zum ÖPNV durch. Frau Sauerwein regt an, dass sich der Seniorenbeirat an der Aktion beteiligt.

Herr Wegener berichtet, dass inzwischen zu bestimmten Zeiten Busse mit zwei Plattformen, getrennt für Kinderwagen und Rollatoren, eingesetzt werden. Er schlägt eine Besichtigung bei der Straßenbahn vor, um sich passende Möglichkeiten für Senioren einmal vorstellen zu lassen.

Herr Ludwig informiert darüber, dass die neu angeschafften Busse inzwischen mehr Raum haben für Menschen mit Rollatoren oder mit Kinderwagen. Damit sind vier Plätze zusätzlich vorhanden, welches aber immer zu Lasten der übrigen Sitzplätze geht.

Herr Ludwig bietet an, dass er einen Besichtigungstermin bei der Hagener Straßenbahn organisiert. Der Vorschlag wird dankend angenommen.

Es erfolgt der Hinweis auf das am 22.11.2017 stattfindende Fahrgastforum am Pfanzenofen.

Frau Sauerwein berichtet, dass in der Ad-Hoc-Gruppe beschlossen wurde einen Brief an den VRR und an den Verkehrsminister in Sachen Sozialticket zu schreiben. Das Sozialticket ist am 01.10.2017 um 6,3 % teurer geworden. Hintergrund ist eine Finanzierungslücke beim Verkehrsverbund. In seiner Antwort weist der VRR darauf hin, dass er für das weitere rabattierte Angebot an die Fahrgäste auf eine zwingende weitere Unterstützung des Landes angewiesen ist. Weiterhin berichtet Frau Sauerwein, dass sie eine Info aus dem VRR erhalten hat, dass es für 2018 noch Mittel gibt, diese aber nicht um das Maß erhöht werden, wie sie notwendig wären. Ab 2019 wer-



den die Mittel gesenkt, da es ab 2018 ein Azubi-Ticket geben soll. Die Landessenio-
renvertretung und der VRR wollen sich auch mit diesem Thema befassen.

9. Bericht aus den Begegnungsstätten

Frau Wiewiorka berichtet, dass der Arbeitskreis der Begegnungsstätten getagt hat und zwei Aktionen für 2018 geplant hat. Einmal den „Frühstückskrimi“, welcher von Besuchern der Begegnungsstätte gespielt werden soll und eine „Leserreise“, wo die einzelnen Begegnungsstätten reihum aufgesucht werden und entweder Gedichte, ein Krimi oder eine Liebesgeschichte vorgetragen werden.

Frau Gleiß teilt ergänzend noch mit, dass sie zurzeit schaut, ob die Begegnungsstätten noch zeitgemäß sind und wie sie zukunftsfähig gemacht werden können. Sie hat eine Liste mit den Begegnungsstätten erstellt und geschaut, auf welche Stadtgebiete sie verteilt sind. In einem früher bestehenden Arbeitskreis der offenen Altenarbeit wurden bereits Qualitätskriterien erarbeitet, welche ggf. noch zu ergänzen sind. Zur Feststellung weiterer Qualitätskriterien hat Frau Gleiß bereits einen Fragebogen entwickelt.

Am 08.01.2018 findet eine erste gemeinsame Runde statt, wo z.B. besprochen werden soll, was eine gute Altenarbeit ausmacht, was man besser machen kann und anhand der Fragebögen geschaut wird, wie man tatsächlich aufgestellt ist. Vereine und Kirchen sollen angeschrieben werden, um zu ermitteln, was von ihnen noch angeboten wird.

10. Mitteilungen

Herr Klein verteilt die Ansichtsexemplare der Flyer „Hinweise und Ratschläge zu Verhaltensweisen an Lichtsignalanlagen“, welcher von Herrn Winkler und Herrn Wester erstellt wurde. Aufgrund der geringen Anzahl von Druckexemplaren (300 Stück) ist noch zu überlegen, wo die Flyer ausgelegt werden sollen. Als Beispiel wurden die Begegnungsstätten genannt, als Anregung kam aber auch die Idee diesen Flyer den Schulen zur Verfügung zu stellen. Ein evtl. Pressetermin mit dem OB wird noch besprochen.

Herr Ludwig regt zur Erhöhung der Druckexemplare an, den Flyer als Anlage der Niederschrift beizufügen, damit ggf. der ein oder andere Verband selbst ein paar Exemplare ausdrucken kann.

Der Seniorenbeirat ist mit dem Inhalt des Flyers einverstanden und bedankt sich herzlich für die Erstellung.

Frau Sauerwein informiert über die Sondersitzung des Seniorenbeirates am 04.12.2017 zum Thema „Wohnungsmarktstudie“. Die Wohnungsmarktstudie wird in den Grundzügen vorgestellt. Im Anschluss sollen u.a. Belange der Senioren an Quartiere und Wohnen vorgebracht und Punkte entwickelt werden, die in das Stadtentwicklungskonzept eingebracht werden können.

Frau Sauerwein erklärt auf Nachfrage, dass sich bzgl. des Besuches des Bundestages noch nicht neues ergeben hat, sie sich aber bei den Abgeordneten noch einmal erkundigt.



Frau Heide lädt zum Tag der offenen Tür am 02.12.2017 von 10:00 bis 14:00 Uhr im stationären Hospiz in der Rheinstrasse ein. Voraussichtliche Eröffnung soll im März 2018 erfolgen.

11. Verschiedenes

Zu diesem TOP erfolgte keine Wortmeldung.

Ende des öffentlichen Teiles: 16:45Uhr



C. ANWESENDE

<u>Name</u>	<u>Bemerkungen</u>
-------------	--------------------

Herr Walter Arndt – Hagen Aktiv
Frau Angelika Giacobelli - ZWAR
Frau Claudia Heide - Caritas
Herr Manfred Heidenreich – AWO
Frau Roswitha Hentschel – Die Linke
Herr Jürgen Höfig - Der Paritätische
Herr Gerd Homm - DGB
Herr Bernhard Jung – CDU
Frau Anita Kandolf - AWO
Frau Songül Karakaya - Integrationsrat
Herr Hans-Jürgen Klein - D R K
Frau Heidi Knublauch - Diakonie
Herr Klaus-Dieter Kreuser - FDP
Herr Rüdiger Ludwig - DRK
Frau Brunhild Marks - Hagen Aktiv
Frau Ursula Nehm – ZWAR
Herr Denis Quadt – Bürger für Hohenlimburg/Piraten
Herr Georg Rehbogen - SPD
Frau Ruth Sauerwein – B90/Grüne
Frau Claudia Seidel – Der Paritätische
Frau Rosemarie Swenshon - Diakonie
Herr Wolfgang Wegener – DGB
Frau Ursula Werkmüller - Stadtsportbund
Frau Beate Wiewiorka - Diakonisches Werk

Ruth Sauerwein
Vorsitzende/r

Schlachtenrodt, Katja
Schriftführer/in